

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 63 (1983)
Heft: 9

Rubrik: Blickpunkte

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Vom Wahlkampf zum politischen Marketing?

Am 23. Oktober wird das eidgenössische Parlament neu bestellt. Die Parteien rüsten sich seit Monaten auf den Wahltag, der nach einem geflügelten Wort demokratischer «Zahltag» ihrer Politik sein soll. Und wie immer seit bald zwanzig Jahren besteht eine ihrer grossen Sorgen darin, ihre Wählerpotentiale auch wirklich an die Urnen zu bringen. Die Stimmbeteiligung ist seit dem Zweiten Weltkrieg kontinuierlich gesunken, obwohl die Behörden vieles getan haben, um die Stimmgabe zu erleichtern, und obwohl sich die Parteien immer wieder Neues einfallen lassen, um die Aufmerksamkeit des Bürgers auf sich zu ziehen.

Abgesehen vom generellen Trend zur politischen Passivität, wie er vor allem auch bei den Sachabstimmungen zutage tritt, spielt hier sicherlich die Tatsache massgeblich mit hinein, dass die «lauen» Wahlkämpfe praktisch zur Regel geworden sind. Blättert man in den Kommentaren zu früheren eidgenössischen Wahlgängen nach, dann stellt man rasch fest, dass die Kämpfe mit harten Bandagen schon fast zur Legende geworden sind: Die letzten fanden in der Nachkriegszeit mit ihren grossen ordnungspolitischen Auseinandersetzungen rund um den Abbau des staatlichen Dirigismus der Kriegswirtschaft statt.

Diese «Lauheit» ist sicherlich nicht zuletzt auch ein Ausfluss des Wahlsystems: Bei parlamentarischen Pro-

porzwahlen sieht sich der einzelne Kandidat in erster Linie der Konkurrenz der eigenen Parteifreunde ausgesetzt. Sein politisches Schicksal hängt zwar zunächst einmal vom Gesamterfolg der Partei ab. Das subjektive Kampferlebnis und Kampagnenverhalten ist aber notgedrungen durch den Zwang geprägt, auf seiner Parteiliste möglichst weit vorn zu landen. Das nimmt den Wahlkämpfen weitgehend Salz und Pfeffer, weil diese Art von Wettbewerb zwangsläufig «positiv», das heisst auf eine möglichst durchschlagskräftige Selbstdarstellung getrimmt sein muss. Der «Clinch» mit dem eigenen Parteikollegen wäre angesichts der gemeinsamen Programmbasis schwierig, ganz abgesehen davon, dass er vermutlich weder von der Partei noch vom Bürger goutiert würde.

Je grösser die «Lauheit» nun wird, um so stärker wird die Versuchung – und wohl sogar die Notwendigkeit –, die Werbebudgets zu vergrössern und die Kampagnenmethoden immer mehr jenen der kommerziellen Reklame anzugleichen. Das ist heutzutage sowohl für die Parteien wie für die einzelnen Kandidaten insbesondere in bevölkerungsreichen Kantonen praktisch unausweichlich. Die Informationsmedien spielen vielfach nicht mehr so recht mit, wenn es um die Darstellung des Parteilebens geht. Und die politischen Veranstaltungen haben stark an Anziehungskraft eingebüsst, wenn sie

nicht gerade mit «Superstars» garniert sind oder sonst ein Spektakel verheissen. So bleibt kaum ein anderer Weg offen, als alle Register moderner PR zu ziehen.

Die Reaktion des Bürgers auf diese Entwicklung ist eher zwiespältig. Man hat hierzulande Politik von jeher als eine Sache des Dialogs und der Überzeugung, nicht der werbetechnischen Überredung und Verführung verstanden. Indessen lässt sich an der heutigen Situation so lange nichts ändern, als der Trend zur passiven Zuschauermentalität in der Politik nicht gebrochen werden kann. Nur eine Wiederherstellung des aktiven Engagements einer weiteren Öffentlichkeit in der politischen Tagesarbeit würde den Rückgriff auf ausgeklügelte PR-Kampagnen weniger dringlich erscheinen lassen. Und nur auf diese Weise würde ein Phänomen wieder relativiert, das ein amerikanischer Politiker als Kardinalproblem der modernen Massendemokratie bezeichnet hat: Die Tatsache nämlich, dass es für das Gewähltwerden teilweise anderer Eigenschaften bedarf als für die politische Tätigkeit selbst.

Wenn diese Bemerkung auch aus Anlass einer amerikanischen Präsidentschaftswahl gefallen ist, so wird sie doch jeder schweizerische Politiker, der auf sachbezogene Problembewältigung eingestellt ist, nur zu gut nachempfinden können. Wer steht schon gern vor Rathäusern oder Einkaufszentren, um mittels kleiner «Werbeschenke» zu einer Gesprächsgelegenheit mit jenem «Mann auf der Strasse» zu kommen, der nicht mehr an normale politische Veranstaltungen zu bringen ist! Auch der überhöhte Stellenwert von «Photo»- oder «Tele-

genität» ist selbst für abgebrühte politische Routiniers eine permanente Irritation.

Immerhin kann festgehalten werden, dass die Parteien ihre Kader inzwischen so weit auf die veränderte «Marktsituation» einzustellen vermögen, dass «Mediengerechtigkeit» und «Öffentliches Ankommen» nicht mehr Attribute darstellen, die zum Beispiel die Vorselektion für eine Majorzwahl entscheidend beeinflussen könnten, wie dies zu Anfang des «Marketing-Zeitalters» in der Politik da und dort der Fall gewesen sein mag.

Die ganze Entwicklung mag nicht allzu dramatisch empfunden werden, weil es sich ja um einen gewissermassen schleichenden Prozess handelt. Es fragt sich aber doch, ob es nicht zweckmässig wäre, ihn einmal auf breiter Basis, sozusagen als «staatspolitische Disputation», zu analysieren und zu diskutieren. Wenn diese Problematik heutzutage öffentlich behandelt wird, mündet sie regelmässig in ein Schwarz-Peter-Spiel zwischen den direkt Beteiligten aus. Das ist ein Circulus vitiosus, der einmal durchbrochen werden sollte. Die Degenerierung der Politik zu blossem Marketing auch ausserhalb von Wahlzeiten ist eine Gefahr, die ans Mark der Demokratie geht. Sie sollte von der Öffentlichkeit, von Behörden und Parteien, von Wissenschaft und Medien wie von weiteren gesellschaftspolitisch relevanten Körperschaften systematisch angegangen werden. Dazu bedarf es keiner politisch kaum realisierbaren Totalrevision der Bundesverfassung, dazu bedarf es nur des guten Willens zur echten Gesprächsbereitschaft.

Richard Reich

Andropows Wirtschaftssorgen

In Osteuropa scheint sich unter dem Lösungsdruck der anstehenden Wirtschaftsprobleme wieder «etwas» zu bewegen. Die Satelliten nützten zwar die nicht allzu grosse Reformmarge, die ihnen der grosse Bruder zugestanden hat, schon bisher mit unterschiedlicher Intensität und eher gedämpftem propagandistischen Trommelschlag aus. Spektakuläres war da nicht drin. Neben der ängstlichen Tschechoslowakei – am 21. August jährt sich zum 15. Male der Jahrestag, an dem die UdSSR mit Tanks ein Experiment beerdigte, in das die Bürger dieses Landes grosse Hoffnungen investierten – steht das «forsche Draufgängertum» der Ungarn, die mit «unorthodoxer Zugriffigkeit» die Reformgrenzen nicht ohne Erfolg austesteten. Seit 15 Jahren ist in der Reformpolitik in Osteuropa nicht mehr allzu viel geschehen – wenn vom Fall Polen abgesehen wird, bei dem es sich im Kern nicht um «klassische» Reformpolitik handelt, sondern um einen veritablen Freiheitskampf mit zum Teil wirtschaftlicher Einfärbung.

Der «kühle Rechner» Andropow scheint nach anfänglicher Zurückhaltung die Wirtschaft nun doch unter einen stärkeren *Leistungsdruck* stellen zu wollen. Das Nowosibirsk-Papier, das harte Kritik an der Planwirtschaft übt und wohl nur durch eine gezielte Indiskretion in den Westen gelangt ist, wird zusammen mit den vom Parteichef geforderten Entkrampfungen von nicht wenigen Auguren der sowjetischen Szene bereits als Indiz für einen neuen Reformschub gewertet, nachdem die letzten grösseren Reform-

anstrengungen immerhin auf das Jahr 1965 zurückgehen; die Kossygin-Reform brachte indessen nicht allzu viel. Sie versickerte rasch im Sande der planwirtschaftlichen Orthodoxie.

Es geht bei allen Reformüberlegungen immer um dieselbe Grundmelodie: zur Diskussion steht eine Dynamisierung der Betriebe durch eine Verlagerung von *Entscheidungskompetenzen* auf diese Ebene. Weil aber Kompetenzen auch in der sowjetischen Wirtschaft nicht zweimal verteilt werden können, muss ein solches Vorgehen stets auf Kosten der Entscheidungszuständigkeiten zentraler Planinstanzen gehen. An dieser Problematik findet die Dezentralisation ihre «natürlichen» Grenzen. Es nützt auch wenig, einige Experimentbetriebe auf die Beine zu stellen, die sich, weil sie mehr Entscheidungsmöglichkeiten haben, quasi «marktwirtschaftlich» verhalten sollen. Die Erfahrungen, die aus solchen Experimenten gewonnen werden können, sind weitgehend wertlos: ein «freier» Betrieb kann sich in einer planwirtschaftlichen Umgebung eben nicht so verhalten, wie er dies unter marktwirtschaftlichen Ordnungsvoraussetzungen tun könnte. Er ist beispielsweise nicht in der Lage, seine Einsatzfaktoren unter den für ihn günstigsten Bedingungen zu erwerben, weil diese Einsatzfaktoren planwirtschaftlich gebunden und nicht frei verfügbar sind. Er hat zwar mehr Entscheidungsmöglichkeiten, aber er kann sie nicht effizienzfördernd verwenden. Solche Übungen könnten nur dann signifikant sein, wenn gleichzeitig das Medium, in dem der Betrieb schwimmt,

nämlich die Wirtschaftsordnung, entsprechend «adaptiert» würde. Davon ist aber in der Sowjetunion nichts zu spüren.

Es scheint sich deshalb nicht um eine «Liberalisierung», sondern vielmehr um einen Versuch zu handeln, innerhalb der Systemkonstanten Effi-

zienz-Reserven zu aktivieren. Das wäre immerhin schon etwas. Denn diese Reserven sind in der sowjetischen Wirtschaft haufenweise zu finden und geradezu mit Händen zu greifen. Ein neuer Reformimpetus steht dagegen nicht in Aussicht. Im Osten nichts Neues.

Willy Linder

Konservative aller Länder . . .

In London wurde im Juli eine neue Internationale gegründet. Die Regierungschefs Grossbritanniens, der Bundesrepublik, Norwegens, Dänemarks nahmen teil, der amerikanische Vizepräsident George Bush und der Bürgermeister von Paris, Jacques Chirac, waren auch dabei. Nicht vertreten liessen sich die christdemokratischen Parteien Italiens, Belgiens, Hollands, hingegen kam Alois Mock für die Österreichische Volkspartei.

Ohne dass dieser Umstand ausserhalb der gemeinsamen Fraktion im Europäischen Parlament spürbare Wirkung hatte, gab es bereits eine christdemokratische Internationale. Die Parteien dieser Prägung waren nach dem Krieg am geschlossensten und entschiedensten für die europäische föderative Einheit eingetreten. Die Rolle, die damals ihre führenden Persönlichkeiten wie Robert Schuman, Konrad Adenauer, Alcide De Gasperi gespielt haben und ohne die es nicht zur Kohle- und Stahlgemeinschaft von 1950 und den folgenden europäischen Gemeinschaften gekommen wäre, bleibt unvergessen.

Die politische Tradition der Christdemokraten war «archaisch». Sie

stammte von vor dem Nationalismus, und war eben deshalb auf die Überwindung des Nationalismus vorbereitet. «Sie waren von vorgestern und übermorgen», wie mit weniger Recht von General de Gaulle gesagt worden ist.

Ihre Gemeinsamkeit wurde auch gefördert durch die Erfahrung benachbarter europäischer Völker, die alle das Zerbrechen ihrer Staaten erlebt hatten und bereit waren, sich auf ein neues Vorhaben einzulassen.

Damit ist aber schon gesagt, dass Parteien der Rechten – die äusserste Rechte gehört nicht dazu – und der Mitte, wie sie in London vertreten waren, keine Verbindung eingehen können, von der Impulse gemeinsamen Handelns zu erwarten sind. Dass sich die Wähler der USA, Grossbritanniens, der Bundesrepublik von der Linken abgewendet haben und dass in Frankreich, wenn es heute Wahlen gäbe, das gleiche geschähe, ist offenkundig. Doch was ergibt sich daraus?

Die betreffenden Parteien sind Volksparteien, die die Regeln der Demokratie wahren und mit ihnen Erfolg haben. Sie haben insbesondere in den Vereinigten Staaten und in Grossbri-

tannien viele Arbeiterstimmen eingeholt. Die unbewältigte Arbeitslosigkeit hat den bürgerlichen Parteien nicht geschadet. Margaret Thatcher hat in diesem Bereich überhaupt nichts versprochen.

Haben aber diese Parteien eine gemeinsame Ideologie oder, wie Konservative eher sagen, Philosophie? Können sie in der Aussenpolitik zusammenwirken? Vizepräsident Bush hat in London die Aufgabe der USA – Rettung oder Wiederherstellung der Demokratie in Mittelamerika – hervorgehoben, aber im Gespräch zugegeben, dass europäische Politiker, nicht nur der Linken, hierin die Auffassung des Weissen Hauses nicht teilen. «Ausserhalb der Ablehnung des Sozialismus verbindet diese Parteien nichts» schreibt «The Economist».

«Konservative aller Länder, vereinigt euch! Ihr habt nichts zu verlieren als eure Bürokraten!» Diese Losung als Spiegelbild der Ersten Internationale, wie sie die späteren Wahl-Engländer Marx und Engels konzipiert haben, wäre denkbar: die Forderung nach Abbau der Staatsausgaben, der steuerlichen Überbelastung, nach der Straffung des missbrauchten, inflationsfördernden Sozialstaates ist ihnen gemeinsam. Doch ebenso wie Sozialisten den bürgerlichen Staat führen und wenig verändern, so verwalten

Konservative den sozialdemokratisch geformten Wohlfahrtsstaat, gegen den sie wettern, aber den sie schliesslich weniger ändern, als sie ankündigen.

Das gilt sogar für Ronald Reagan. Margaret Thatcher verhiess vor vier Jahren den Abbau der Staatsausgaben. Inzwischen ist deren Anteil im Budget von 41 auf 44 Prozent gestiegen. Skandinavische Konservative verwalten den Sozialstaat so, dass ein Parteienwechsel wenig bedeutet.

Wenn schon die Linke, von deutschen Sozialdemokraten über französische Sozialisten bis zu Labour, nicht auf einen Nenner zu bringen ist, so gilt das für die in London vertretenen Volksparteien der Rechten und der Mitte im gleichen Mass.

Im Krieg hatten etliche europäische Exil-Regierungen ihren Sitz in London. Manche hofften damals, dass England, einzige unbesiegbare Nation Europas, danach eine europäische Führungsrolle spielen werde. Das Gegenteil war der Fall. Sowenig wie die jetzt in London vertretenen Parteien eignet sich England selber zur Zentrale irgendeiner Internationale von rechts, links oder der Mitte. In London mag es der Anlass wichtiger politischer Gespräche gewesen sein; doch als Datum einer Gründung wird diese Zusammenkunft nicht im Gedächtnis bleiben.

Tschad zum Dritten

Der frühere gaullistische Premierminister Pierre Mesmer, dessen politische Einsicht problematisch, aber dessen Afrikakennntnis unbestritten ist, hat

eine brutale Wahrheit ausgesprochen: «Den Tschad gibt es nicht.»

Mitten im dritten Tschad-Krieg ist diese Feststellung beherzigenswert.

Zwischen dem islamischen Norden und dem animistischen Süden, dem Sahara-Tschad und dem Sahel-Tschad, gibt es keine Gemeinsamkeit. Der erste der bisherigen drei Tschad-Kriege war ein Aufstand des Südens gegen den Norden gewesen. Doch mag sich die Erinnerung an schwere Kämpfe im benachbarten Sudan einstellen. Der islamische Norden übte härteste Repressionen gegen den christlichen Süden. Wenn es den Tschad, diesen Binnenstaat zwischen fünf Nachbarn «nicht gibt» – ist das in Afrika etwas so Besonderes?

Die afrikanische Union der einst kolonisierten Territorien hat die willkürlichen Grenzen, die die Kolonisatoren gezogen hatten, heilig gesprochen. Die Bewahrung der Souveränität und territorialen Integrität der Nachfolgestaaten, die innerhalb dieser Grenzen durch den Rückzug der Europäer entstanden sind, wurde zur einzigen Gemeinsamkeit. Ob innerhalb dieser staatlichen Existenz sich auch jeweils ein gemeinsames Bewusstsein zwischen Stämmen verschiedener Traditionen und Sprachen entwickeln konnte, blieb offen. Abspaltungen – Malis Trennung von Senegal – waren eher möglich als Zusammenschlüsse. Die neuen Staaten bewahrten ihre Souveränität zuweilen nur *à peu près*. Man denke an das militärische Eingreifen Tanganjikas – dessen Führer, der international hochgeachtete Nyerere, hat eines der katastrophalsten Agrar-Experimente zu verantworten – in Uganda, an die Söldner der Sowjetunion in Angola, an die Übergriffe der Südafrikanischen Republik zu Lasten ihrer wehrlosen Nachbarn wie Lesotho – einst Basutoland.

Und doch: die Staatlichkeit wird in

Afrika mit der Entkolonisierung, der Befreiung gleichgesetzt. Auch die europäischen Nationalstaaten sind aus jahrhundertlangem Verschmelzen von Völkern entstanden. Selbst der vorbildlichste Nationalstaat Frankreich hat neuerdings mit einem korsischen, bretonischen, baskischen «ethnischen Bewusstsein» zu rechnen; sogar hier war die Verschmelzung nicht vollständig und unwiderruflich.

Mag sein, dass unter den «künstlichen» Staaten Afrikas Tschad einer der künstlichsten ist, doch eine Änderung der Grenzen, ein Übergreifen der Nachbarn gilt den andern Afrikanern – den sogenannten konservativen westlichen, wie den sogenannten revolutionären – als Gefährdung eines status quo, den auch sie brauchen.

Der zweite wie jetzt der dritte Tschadkrieg hat es nicht mehr mit dem Antagonismus Norden gegen Süden zu tun, sondern mit der Rivalität zweier Kriegsherren, die beide vom Norden kommen: Goukouni Oueddei und Hissen Habré. Frankreichs besondere Bindungen zum einst französischen Westafrika war kein Parteiübergreifen für den einen oder andern dieser einstigen Waffenkameraden, sondern die jeweilige Anerkennung des Siegers. Wer die Hauptstadt N'Djamena beherrschte, wurde unterstützt.

Jahrelang war Hissen Habré der Rebell. International wurde sein Name bekannt durch die Entführung und jahrelange Sequestrierung des Ethnologenpaares Clastre. Goukouni hatte die Hauptstadt mit libyscher Waffenhilfe erobert, fühlte sich aber sicher genug, um die Libyer zum Abzug ihrer Truppen zu bewegen, auf den Frankreich drängte – und der Präsident Mitterrand als Erfolg zugeschrieben wer-

den konnte. Doch dann erwies sich Hissen Habré als der stärkere; er vertrieb Goukouni. Damit wurde der einstige Rebell auch von Frankreich als legitimer Herrscher anerkannt – doch selbst Mengistu, Führer des revolutionären Äthiopiens, lud ihn ein.

Muhammar Ghadhafi ist von allen afrikanischen Führern der weitaus eroberungssüchtigste. Sein Staat ist ein Arsenal in der Wüste; seine Einnahmen durch den Ölverkauf gaben ihm die Möglichkeit zu vielfachen offenen und geheimen Interventionen, auch zur Unterstützung von Terroraktionen. Trotz seiner guten Beziehungen zu Moskau – ohne die sowjetische logistische Unterstützung hätte er jetzt den Norden des Tschad bis zum 15. Breitengrad nicht erobern können! – darf er nicht als «Trabant» gelten. Sein Selbstgefühl, seine Unberechenbarkeit und seine eigenen Mittel sind nicht zu unterschätzen. Vor Präsident Reagan bedrängt wie überspielt, musste Präsi-

dent Mitterrand Truppen einsetzen, aber darf hoffen, dass es nicht zu Kämpfen kommt. Nicht nur die Kommunisten, auch viele Sozialisten sind dagegen.

Mit einem Tschad, den es «nicht gibt», liess es sich für die schwarzafrikanischen Nachbarn eher leben als mit einem übergreifenden Libyen. Denn die vielleicht endgültige Zweiteilung des Tschad durch diese militärischen Erfolge im Namen des Anwärters Goukouni ist ein Durchbruch. Zuvor war Ghadhafi in allen ähnlichen Unternehmungen gescheitert: der libysch-ägyptische, der libysch-tunesische Zusammenschluss fand nicht statt. Diesmal mag der partielle Erfolg – ein weiteres Vordringen ist nicht zu erwarten – von Dauer sein. Dann wird Sudan – Ghadhafis Hauptziel – noch bedrohter sein als bisher. Die Eroberung dieses Stückes Sahara schafft eine neue Dynamik.

François Bondy

**Jede Sache
vernünftig versichert:**
winterthur
versicherungen